## Einrichtung fuer zahnaerztliche o. dgl. Stuehle

Publication number:

DE368246

**Publication date:** 

1923-02-01

| GB186578 (A)

Also published as:

Inventor:

Applicant:

REINIGER; GEBBERT & SCHALL AKT GES

Classification:

- international:

A61G15/02; A61G15/00;

- european:

A61G15/02

Application number:

DE1921R054078D 19211001

Priority number(s):

DE1921R054078D 19211001

Report a data error here

Abstract not available for DE368246

Abstract of corresponding document: GB186578

186,578. Reiniger, Gebbert, & Schall Akt.-Ges. Sept. 30, 1921, [Convention date]. Drawings to Specification. Accumulators.-A movable accumulator cylinder carries at the top a dished member to receive leakage and to serve as an abutment for limiting lift. The member actuates the switch of the driving motor and a pump by-pass valve.

Data supplied from the esp@cenet database - Worldwide

# BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

# <sup>®</sup> Offenlegungsschrift

<sub>00</sub> DE 3628246 A1





**DEUTSCHES PATENTAMT** 

(2) Aktenzeichen: P 36 28 246.4 (2) Anmeldetag: 20. 8.86

3) Offenlegungstag: 30. 4.87

② Erfinder:

Toelke, Peter, 8253 Diessenhofen, DE

③ Unionspriorität:
② ③ ③

24.10.85 CH 4 575/85-1

(7) Anmelder:

Georg Fischer AG, Schaffhausen, CH, Niederlassung: Georg Fischer AG, 7700 Singen, DE

#### Prüfungsantrag gem. § 44 PatG ist gestellt

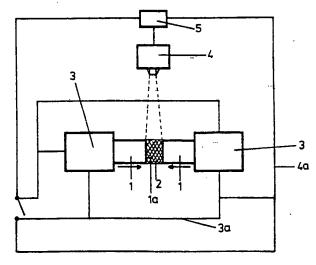
(54) Verfahren und Vorrichtung zum Verbinden von Werkstückteilen

Es wird ein Verfahren und eine Vorrichtung vorgeschlagen zum Verbinden von Werkstückteilen aus vorzugsweise hochkohlenstoffhaltigen Werkstoffen wie GGG, GGV, GTS, GTW. Dabei wird das bekannte Abbrennstumpfschweißverfahren verwendet, wobei mit Hilfe eines nachgeschalteten Wärmeprogramms die Gefügezustände des Werkstückes eingestellt werden.

Während des Stauchvorganges werden die spezifischen Stauchkräfte so eingestellt, daß der Ledeburit aus der Verbindungszone in den Schweißwulst gepreßt wird. Die Abkühlung erfolgt durch gesteuerte Temperaturvorgabe, so daß unter Vermeidung von Martensit- und/oder Bainitbildung ein definiertes Gefüge einzustellen ist.

Damit werden Aufhärtungen im Schweißstoßbereich vermieden und ein homogenes Gefüge über das ganze Werkstück eingestellt.

Dieses Verfahren ist reproduzierbar anwendbar und bringt den zusätzlichen Vorteil einer bisher nicht bekannten Fertigungssicherheit.



**JE 3628246 A**1

### Patentansprüche

- 1. Verfahren zum Verbinden von Werkstückteilen aus vorzugsweise hochkohlenstoffhaltigen Werkstoffen wie GGG, GGV, GTS, GTW, mittels eines mit Abbrennstumpfschweissverfahrens nachgeschalteten Wärmprogramm, dadurch gekennzeichnet, dass die spezifischen Stauchkräfte derart eingestellt werden, dass im Stauchvorgang, gegebenenfalls Nachstauchvorgang, der Ledeburit 10 aus der Verbindungszone in den Schweisswulst gepresst wird und dass die Abkühlung durch gesteuerte Temperaturvorgaben verzögert wird, um den Abkühlungsverlauf unter Vermeidung von Martensit- und/oder Bainitbildung auf definierte Gefüge- 15 ren der Ansprüche 1 und 5 gelöst. zustände einzustellen.
- 2. Verfahren nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, dass die Abkühlung durch pulsierende Nachwärmung verzögert wird.
- 3. Verfahren nach Anspruch 1, dadurch gekenn- 20 zeichnet, dass der Nachwärmstrom kontinuierlich an den durch die Solltemperatur definierten Wärmebedarf der Schweissstelle angepasst wird.

4. Verfahren nach Anspruch 1, dadurch gekenn-30 - 120 N/mm<sup>2</sup> liegen.

- 5. Vorrichtung zur Durchführung des Verfahrens nach den Ansprüchen 1 bis 4, mit einer Abbrennstumpfschweisseinrichtung, die einen Schweisratur überwachendes, optisches Pyrometer aufweist, dadurch gekennzeichnet, dass zur Ueberwachung des Abkühlverlaufes zwischen den Schweisstransformator und dem Pyrometer ein elektronisches, programmierbares Temperatursteuergerät 35 geschaltet ist, das den Nachwärmstrom entsprechend der vorgegebenen Solltemperatur an der Schweissstelle steuert.
- 6. Verwendung des Verfahrens nach den Ansprüchen 1 bis 4 für die Verbindung der hochkohlen- 40 stoffhaltigen Werkstoffe GGG, GGV, GTS, GTW untereinander und in Kombination aus hochkohlenstoffhaltigen Werkstoffen mit Stahl z.B. Profilstahl, Schmiedestahl, Blechkonstruktion.

#### Beschreibung

Die vorliegende Erfindung betrifft ein Verfahren zum Verbinden von Werkstückteilen aus vorzugsweise hochkohlenstoffhaltigen Werkstoffen wie GGG, GGV, 50 GTS, GTW, mittels eines Abbrennstumpfschweissverfahrens.

Die Erfindung betrifft auch eine Vorrichtung zur Durchführung des Verfahrens mit einer Abbrennstumpfschweisseinrichtung, die einen Schweisstransfor- 55 mator und ein die Schweissstellentemperatur überwachendes, optisches Pyrometer aufweist.

Die Schweissbarkeit von hochkohlenstoffhaltigen Werkstoffen in den Kohlenstoffbereichen zwischen 2,0 bis 3,9%, war bisher problematisch. Der Grund dafür 60 liegt darin, dass solche Werkstoffe ein ausgezeichnetes Härtungsverhalten aufweisen, wobei die damit verbundene Neigung zur Bildung ledeburitischer und martensitischer Härtungsgefüge die Konstruktionsschweissbarkeit dieser Werkstoffgruppen stark einschränkt.

Seit langem sind Mittel und Wege gesucht worden, Schweissverfahren reproduzierbar auf hochkohlenstoffhaltige Werkstoffe anzuwenden. Die Bildung von Här-

tungsgefügen, z.B. Ledeburit, Martensit, Bainit, durch Rücklösung des Graphites in der schmelzflüssigen Phase einerseits und durch schnelle Abkühlung andererseits stellte jedoch ein nahezu unüberwindbares Hindernis

Die Erfindung hat sich die Aufgabe gestellt, hier Abhilfe zu schaffen. Dementsprechend besteht die Aufgabe der vorliegenden Erfindung darin, ein Verfahren bereitzustellen, mit dessen Hilfe Werkstückteile mittels eines Schweissvorganges reproduzierbar miteinander verbunden werden können, derart, dass die Gefügeausbildung in der Schweisszone einheitlich dem Gefügebild in den übrigen Bereichen des Werkstückes entspricht.

Diese Aufgabe wird erfindungsgemäss durch die Leh-

Die Erfindung wird im folgenden anhand eines Beispieles näher erläutert.

Die einzige Figur zeigt eine schematische Darstellung der Versuchsanordnung.

Beim Abbrennstumpfschweissen werden Strom und Kraft von Spannbacken übertragen. Die stromdurchflossenen Werkstücke werden unter leichtem Berühren durch Bildung von Schmorkontakten erwärmt, wobei schmelzflüssiger Werkstoff durch den Metalldampfzeichnet, dass die Stauchkräfte im Bereich von 25 druck aus dem Stirnflächenbereich herausgeschleudert wird. Dies ist die sogenannte Abbrennphase. Nach ausreichendem Erwärmen werden die Werkstücke durch schlagartiges Stauchen geschweisst.

Dem Abbrennen kann ein Vorwärmen durch wiederstransformator und ein, die Schweissstellentempe- 30 holtes Berühren (Reversieren mit einzelnen Stromstössen) oder durch Fremderwärmung vorangehen.

Die Figur zeigt im Schema die Einrichtung zum Verbinden von Werkstückteilen mittels eines Abbrennstumpfschweissverfahrens.

Die Einrichtung weist zwei Spannbacken 3 auf, die zur Aufnahme der Werkstückteile 1 bestimmt sind. Vom Stromkreis 3a wird der Strom in die Spannbacken 3 geleitet. Die Werkstückteile 1 werden vom Strom durchflossen. Die Spannbacken 3 werden in Pfeilrichtung bewegt bis die Stirnflächen 1a der Werkstücke unter leichtem gegenseitigen Berühren durch Bildung von Schmorkontakten erwärmt werden. Dabei wird der schmelzflüssige Werkstoff durch den Metalldampfdruck aus dem Stirnflächenbereich herausgeschleudert. Nach ausreichendem Erwärmen werden die Werkstückteile 1 durch schlagartiges Stauchen geschweisst. Bei diesem Vorgang wird der beim Abbrennen gebildete Ledeburit in den Schweisswulst gepresst. Danach erfolgt eine gesteuerte Abkühlung entsprechend einem vorgegebenen ZTU-Schaubild, auf einen definierten Gefügezustand z.B. Ferrit, Perlit oder Mischgefügen aus beiden.

Ein optisches Pyrometer 4 überwacht die Schweissstellentemperatur. Das Pyrometer ist an ein elektronisch, programmiertes Temperatursteuergerät 5 geschaltet, das mittels eines Steuerstromkreises 4a an den Stromkreis 3a angeschlossen ist. Bei Unterschreiten der zeitgesteuerten, vorgegebenen Solltemperatur wurde mittels eines Stromstosses die vorgegebene Schweissstellentemperatur wieder eingestellt. Diese Nachwärmsteuerung wurde erst nach Beendigung des Schweissvorganges zugeschaltet. Während des Schweissens muss die Optik des Pyrometers vor den abbrennenden Eisenspritzern geschützt werden.

Bei dem beschriebenen Schweissvorgang wurden 65 GGG-60-Gussteile nach dem vorgeschlagenen Verfahren verbunden. Als hochkohlenstoffhaltiger Werkstoff (C = 3,6-3,9%) weist Gusseisen mit Kugelgraphit ein ausgezeichnetes Härtungsverhalten auf. Dabei muss 3

aber mit der Bildung von Ledeburit gerechnet werden. Ledeburit ist das Eutektikum des metastabilen Fe-C-Systems und besteht im kalten Zustand, d.h. unter 723° C, dem Umwandlungspunkt des Austenits in Perlit, aus

einer feinen Mischung von Zementit und Perlit.

Um Aufhärtungen im Schweissstossbereich zu vermeiden, wurde die Stauchkraft so eingestellt, dass der beim Abbrennvorgang unvermeidbare Ledeburit in den Schweisswulst gepresst wurde. Mit dem Abarbeiten des Schweisswulstes wurde gleichzeitig auch der Ledeburit 10 entfernt. Die Martensitbildung wurde durch ein temperaturgesteuertes Nachwärmprogramm unterbunden.

Da die Stauchkraft nicht nur das Ausquetschen des Ledeburits in den Wulst beeinflusst, sondern auch den Zerquetschungsgrad der Sphäroliten, wurde die optimale Stauchkraft im Bereich zwischen 50-87 N/mm² fest-

gelegt.

Auf diese Weise ist es gelungen mit Hilfe des Abbrennstumpfschweissverfahrens in Verbindung mit einem elektronisch geregelten Abkühlungsverlauf der 20 Schweissstelle reproduzierbar aufhärtungsfreie Gefüge einzustellen.

Man kann auch durch gezielte Anpassung des Abkühlungsverlaufes eine erhöhte Grundgefügehärte im Schweissnahtbereich einstellen und damit eine definier- 25

te Verlagerung von Sollbruchstellen erreichen.

Im Hinblick auf das Optimum der Gefügeeinstellung im Schweissstossbereich müssen die Abkühlungsverläufe auf die chemische Zusammensetzung des zu verschweissenden Werkstoffes eingestellt werden. Das ergibt sich schon daraus, dass für den Abkühlungsverlauf das ZTU-Schaubild massgebend ist.

35

40

45

50

55

60

Nummer: Int. Cl.<sup>4</sup>: Anmeldetag: Offenlegungstag: 36 28 246 B 23 K 11/04 20. August 1986 30. April 1987

